Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 17,150.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 268. **Sonntag** den 25. September 1881. 75. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Mittwoch, am 28. Septbr. a. c., Abends 6½ Uhr im Saale der I. Bürgerschule.

Tagesordnung:

I. Wahl fünf unbesoldeter Stadträthe an Stelle der am Jahresschluß aus dem Rathscollegium ausscheidenden Herren Seyfferth, Fiedler, Holze, Döhlinger und Nagel.

II. Gutachten des Bau- und bez. Finanz-Ausschusses über: a. die Vereinbarungen mit der Oberpostdirection wegen Errichtung eines Fernsprech-Netzes in Leipzig; b. die Abänderung der Wasserleitungs-Anlagen auf dem Obstmarkte 2c.; c. die Verpflichtung der Theaterdirection zur Wiederinstandsetzung des Königszimmers im Neuen Stadttheater; d. Einlegung der Wasserleitung von der Fichte- nach der Kochstraße; e. den Durchbruch der Decke im Octogon des Museumgebäudes.

III. Gutachten des Finanz-Ausschusses über: a. Verwilligung eines Berechnungsgeldes für die Armenstatistik; b. Unterstützung eines erblindeten Schulaufwärters.

IV. Gutachten des Ausschusses zur Gasanstalt über Abänderung der Beleuchtungs-Anlagen auf dem Obstmarkte.

Bekanntmachung.

Nachdem über die Auslegung unserer Bekanntmachung vom 8. August dieses Jahres Zweifel erhoben worden, bringen wir zur öffentlichen Kenntniß, daß wir die Gartenstraße auf deren Tract von der südöstlichen Ecke der Eisenbahnstraße bis zur Grenze des Grundstücks Nr. 21 mit dem Nr. 22 der Gartenstraße in der vollen Breite und längs des Grundstücks Nr. 2 bis zur Mittelage der Straße in städtische Unterhaltung übernommen haben.

Leipzig, den 23. September 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Eichorius.

Bekanntmachung.

Im Gehöfte des Grundstücks Fregestraße 2b ist bei einem Pferde des Droschkenkutscher Herrn F. W. Jahr die Wurmkrankheit (Hautrotz) ausgebrochen und es war deshalb nöthig, dasselbe zu tödten, dagegen 5 andere Pferde dieses Besitzers, weil dieselben mit dem krank gewesenen Thiere in einem und demselben Stalle gestanden haben, für der Ansteckung verdächtig zu erklären, was hierdurch verschriftsmäßig bekannt gemacht wird.

Leipzig, am 22. September 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Kretschmer.

Die Arbeitsnachweisungsanstalt

und deren Filialen betr.

Durch das freundliche Entgegenkommen der Herren Kaufleute
E. Hohlfeld, Kanstädter Steinweg 11,
H. Unruh, Weststraße 17,
Julius Bachmann, Ritterstraße 27,
Gebr. Spillner, Windmühlenstraße 30,
Louis Apitzsch, Ecke des Grimmaischen Steinwegs und der Querstraße, und
F. O. Reichert, Neumarkt 42,
sind wir seit Februar d. J. in den Stand gesetzt worden, neben der Mühlgasse Nr. 7 im Hofe befindlichen Centralstelle unserer Arbeitsnachweisungsanstalt an den genannten Orten Annahmestellen für Arbeitsangebote zu errichten und haben sich die genannten Herren der damit verbundenen Mühe und Arbeit bisher dankenswerth unterzogen.

An unsere Mitbürger richten wir aber wiederum die dringende Bitte, uns durch recht ausgiebige Benutzung der von uns getroffenen Einrichtung in den Stand zu setzen, unsere schon früher ausgesprochene Ansicht, daß es besser ist, dem Armen Arbeit, als Almosen zu geben, zur Thatsache zu machen.

Leipzig, den 23. September 1881.

Das Armendirectorium.
Ludwig-Wolf.

In genauer Nachachtung bringen wir hierdurch die Vorschriften:

Daß jeder ankommende Fremde, welcher hier übernachtet, am Tage seiner Ankunft, und wenn dieselbe erst in den Abendstunden erfolgt, am andern Tage Vormittags von seinem Wirthe bei unserem Fremden-Bureau anzumelden ist, diejenigen Fremden aber, welche länger als drei Tage hier sich aufhalten, Anmeldeschein zu lösen haben, in Erinnerung und bemerken, daß Vernachlässigungen derselben mit einer Geldbuße von 15 ℳ oder verhältnißmäßiger Haftstrafe geahndet werden würden.

Leipzig, am 18. September 1881.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Dr. Rüder. Taegner, S.

Erledigt hat sich der unterm 28. Juli d. J. hinter den Correspondenten Eduard Paul Klöpper erlassene Steckbrief durch Gestellung Klöpper's.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Dr. Rüder. Hrdge, Aktdr.

Städtische Gewerbeschule.

Die Studien des Winterhalbjahres 1881/82 beginnen
Freitag, den 30. September a. c.,
der Tagescursus früh 8 Uhr, und der Abendcursus um 7 Uhr.

Anmeldungen zur Aufnahme in die Gewerbeschule nach Maßgabe §. 7 der Schulordnung werden im Schulgebäude, Grimmaischer Steinweg Nr. 18, in der Zeit von 12—1 Uhr Mittags entgegengenommen.

Leipzig, den 20. September 1881. **Der Director:** Nieper.

Bekanntmachung.

Eine edle Wohlthäterin, die nicht genannt sein will, hat der hiesigen Armencasse den ansehnlichen Betrag von

300 Mark

zur beliebigen Verfügung überwiesen.

Wir haben beschlossen, diese Summe dem Stammvermögen der hiesigen Armencasse zuzutheilen, für den bedeutenden Wohlthätigkeitssinn aber öffentlich unsern tiefgefühltesten Dank auszusprechen.

Connewitz, den 24. September 1881.

Der Gemeinderath.
A. Eulenstein, Gem.-Vorst.

Königliche Baugewerkenschule zu Leipzig.

Der Unterricht in dem bevorstehenden Wintersemester beginnt
Donnerstag, den 6. October, früh 8 Uhr.

Die Nachprüfung und die Prüfung Derjenigen, welche unmittelbar in einen höheren Curs aufgenommen sein wollen, **findet Sonnabend, den 1. October,** von **früh 8 Uhr** an statt; die Aufnahmeprüfung der für den ersten (untersten) Curs Angemeldeten **Montag, den 3. October,** gleichfalls **von früh 8 Uhr an.**

Die Vorstellung der seitherigen Schüler, welche die Anstalt auch in diesem Winter besuchen wollen, hat unter Beibringung eines Zeugnisses über Beschäftigung und Verhalten im Laufe des Sommerhalbjahres, **Dienstag, den 4. October, Nachmittags zwischen 3 und 5 Uhr** vor dem Director im Schullocal zu erfolgen.

Neuaufnehmende haben sich **bis zum 29. September** beim Director Baurath **Lipsius,** Weststraße 44, unter Uebergabe des Geburtsscheines, des Impfscheines und der letzten Schulzeugnisse zu melden, ebenso Derjenigen, welche sich der Nachprüfung unterwerfen wollen; letztere schriftlich.

Zur Aufnahme in den ersten Curs sind erforderlich: 1) das erfüllte 16. Lebensjahr; 2) eine auf mindestens zweihalbjährige ausgedehnte praktische Beschäftigung; 3) ein Zeugniß über gutes Verhalten; 4) eine Vorbildung, wie sie als Ziel der Volksschule gesetzt ist, deren Besitz durch die Aufnahmeprüfung festgestellt wird.

Von dieser Prüfung sind nur diejenigen ausgenommen, welche ein Zeugniß mit guten Fortschrittscensuren über den Besuch der dritten oder einer höheren Classe einer Realschule I. Ordnung, oder ein die gleiche Ausbildung bekundendes Zeugniß einer öffentlichen Bildungs-Anstalt, oder die wissenschaftliche Qualification für den einjährigen Freiwilligen-Dienst beibringen.

Auch kann der diesen die Anforderung unter 1 und 2 in etwas ermäßigt werden.

Prospecte sind durch die Direction gratis zu erhalten.

Die Direction der Königl. Baugewerkenschule.
C. Lipsius, Königl. Baurath.

Geschäftslocale.

Infolge verschiedener Anfragen über die Vermiethung der **Verkaufslocale** in dem **Neubau des Petrinums,** Petersstraße Nr. 19, macht sich zunächst die Feststellung der zu den Gewölben gewünschten Ladenräume nöthig und es werden daher diejenigen Bewerber, welche auf Verkaufslocale im gedachten Grundstücke reflectiren, hiermit ersucht, sich deshalb baldmöglichst mit den Universitäts-Rentamte in Verbindung setzen zu wollen.

Leipzig, am 24. September 1881.

Universitäts-Rentamt.
Graf.

In Memoriam.

There will be a

Meeting

held at the first Buergerschule on Monday the 26th inst. at 2 o'clock p. m. to express Condolence with the family of the late President and with the government and people of the United States in their sad bereavement.

R. Laird Collier.
U. S. Consul.

The Consulate of the United States will be closed on Monday the 26th inst.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 25. September.

Wie uns aus Berlin mitgetheilt wird, gedenkt auch die Partei Bamberger-Lasker-Rickert mit einem Wahlaufrufe hervorzutreten. Die Veröffentlichung soll unmittelbar bevorstehen. Das Actenstück bemüht sich, wenn wir recht unterrichtet sind, den secessionistischen Standpunct so scharf wie möglich von denjenigen der Fortschrittspartei einerseits, der Nationalliberalen andererseits zu scheiden, gleichzeitig aber die Gegriffenheit des Zusammengehens mit beiden, sowie die Nothwendigkeit dieses Zusammengehens zu betonen. Hat schon die Commentirung des nationalliberalen Wahlaufrufs den Offiziösen die bitterste Verlegenheit bereitet, so dürfte, wie uns weiter berichtet wird, dasselbe in noch höherem Grade gegenüber der secessionistischen Kundgebung der Fall sein. Selten wohl ist ein so erstaunlich matter Angriff versucht worden wie derjenige, den die „N. A. Z." gegen den erstenwähnten Aufruf unternimmt. Der Partei wird vorgeworfen, daß sie der Regierung vor den Wählern, dem Kern des Bürgerthums, einen Proceß anhängig mache, in welchem die Schuldfrage auf die Untergrabung der Einheit und Freiheit durch den Fürsten Bismarck hinauslaufe. Solche dreiste Unterstellungen können nur von Jemandem ausgehen, dem das Gewissen schlägt oder der absichtsvoll verleumdet. In dem Wahlaufruf der Nationalliberalen ist Nichts enthalten, was bei ehrlicher Deutung derartige Schlüsse rechtfertigte. Interessant ist übrigens das nebenbei erfolgende Zugeständniß, daß eine conservativ-klerikale Verbindung zur Untergrabung der Einheit und Freiheit wirklich führen müsse, wenn sie der Unterstützung der Regierung theilhaftig würde. Es wäre sehr beruhigend gewesen, wenn die plumpen Vertheidiger der Politik des Fürsten Bismarck hinzugefügt hätten, daß eine solche Unterstützung nicht im Plan liege. Aber leider fehlt diese Aufklärung, was den lahmen und schwächlichen Eindruck dieser selbstgefälligen Rederei nur erhöhen muß.

Auch die „Nationalliberale Correspondenz" nimmt sich die Mühe, die Angriffe der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" zurückzuweisen. Das genannte Blatt schreibt:

Conservative Blätter wie die „Leipziger Zeitung" und die „Nordd. Allg. Ztg." erblicken in dem nationalliberalen Wahlaufruf die beste Rechtfertigung der auf Abschluß des Culturkampfes gerichteten Politik des Reichskanzlers, d. h. zu deutsch: die Zustimmung zu allen möglichen unterschiebbaren und zum großen Theil noch gänzlich unbekannten Plänen, die man nach der Kundgebung der nationalliberalen Partei von dieser nicht mehr voraussetzen zu können glaubt, soll beim Centrum gesucht werden. Die Idee, mit Hülfe des Centrums eine sichere und unbedingt gefügige Mehrheit zu bilden, setzt sich in conservativen Kreisen immer fester; sie ist das offen angestrebte Ziel bei den Wahlen. Die Rechnung scheint uns aber doch ein sehr großes Loch zu haben. Das jüngst erschienene Wahlmanifest des Centrums und zahlreiche Reden und Zeitungsartikel der Partei lassen keinen Zweifel daran, daß das Centrum sich in den großen Tagesfragen sehr zurückhaltend verhält und die Rolle einer unbedingten Regierungspartei entschieden zurückweist.

Gegen die sogenannten staatssocialistischen Zuthaten zu den socialpolitischen Plänen des Reichskanzlers ist vom Centrum wiederholt der entschiedenste Protest eingelegt worden, und die Haltung der Partei im Reichstag gegenüber dem Unfallgesetz bewies, daß es derselben damit Ernst ist. Gegen neue Steuerpläne des Reichskanzlers war der Wahlaufruf des Centrums noch ablehnender als der der Nationalliberalen; ausdrücklich wurde die Nothwendigkeit einer Einschränkung des Militärétats betont. Gegen das Tabakmonopol herrschen in den ultramontanen Kreisen ganz dieselben Bedenken, wie in liberalen und selbst, wie der „Reichsbote" beweist, auch in conservativen.

Es mag sich ja, wenn die Geschäfte auf dem großen Handelsmarkt der kirchenpolitischen Frage gut gehen, Manches in der Haltung des Centrums ändern, aber die unbedingte Zustimmung dieser Partei zu allen Plänen, die gegenwärtig die politische Welt aufregen, ist ganz gewiß eine sehr leichtfertige Rechnung, zumal wenn, wie es den Anschein hat, zuerst der Preis gezahlt und dann erst die Gegenleistung erwartet wird. Und dann, glaubt man denn wirklich, daß das Centrum als geschlossene Partei bestehen bleibt, wenn einmal der kirchliche Frieden hergestellt ist? Die Partei ist entstanden unter dem Kampf zwischen Staat und Kirche und hat diesen Kampf zur nothwendigen Voraussetzung. Wie kann man eine Partei dauernd in Rechnung ziehen, deren Lebensbedingung in demselben Augenblick, wo man sie zu gewinnen glaubt, vernichtet wird?

Das Centrum hat sehr verschiedenartige Elemente in sich, von Natur conservative und von Natur liberale, die eine Zeit lang durch die alleberrschende kirchliche Frage zusammengehalten wurden. Sie werden und müssen sich aber scheiden, sobald diese Frage aus der Welt geschafft wird oder auch nur an Schärfe verliert. Die conservativ-ultramontane Mehrheit als Stütze der Regierung mag noch einige Zeit die Lage beherrschen; bald wird sie aber doch dem, der sie festhalten will, unter den Händen zerrinnen. Und wenn die Rechnung auf eine parlamentarische Mehrheit aus der politischen und kirchlichen Reaction sich, nach hoffentlich nur kurzer Probe, als ein gründlicher Irrthum erweist, so wird man wieder nach den Mittelparteien rufen, von denen „Banderstierklärung" (wie die „Leipziger Zeitung" sagt), heute von rechts und links mit mehr Beleidigung als Wahrheit geredet wird.

Die Franzosen haben kein Glück in Afrika. Zieht man die Summe von alledem, was aus den vom Kriege heimgesuchten Ländern Nordafrikas berichtet wird, so kommt man eben zu dem Schlusse, daß die aufständischen Bewegungen bis jetzt an Boden gewonnen haben und noch gewinnen.

Bei Tunis hatten die Aufständischen den Franzosen das Wasser abgeschnitten und erst nach längeren Kämpfen konnte die Verbindung wieder hergestellt werden. Man tröstet sich damit, daß einige Gefangene gesagt haben, die französischen Gewehre trügen zu weit, die Aufständischen würden nicht lange widerstehen können. Wenn Dem so ist, so thun die französischen Generale das Möglichste, um einen Verzweiflungskampf zu entflammen. Von allen Generalen hört man, daß sie „strenge Maßregeln" ergriffen haben; vom General Logerot aber verlautet, daß er befohlen habe, jeden bewaffneten Araber, der in die Hände der Truppen fallen würde, zu erschießen. Diese Generale kannten nun endlich so klug sein, zu wissen, daß solche Schreckensmaßregeln gerade das Gegentheil von der erwarteten Wirkung hervorbringen. Alle historischen Beispiele predigen Dies, die Schreckensmaßregeln in der Vendée haben den Widerstand nur verstärkt, die blutigen Grausamkeiten der napoleonischen Generäle gegen die Spanier verlängerten den Krieg. Als der General Pelissier einen ganzen Kabylenstamm in einer großen Höhlung zu Tode räucherte, wurde dadurch der Widerstand der Kabylen nicht gebrochen, sondern von Neuem angespornt. Und dennoch nun die Gewaltmaßregeln ganz im alten Stil! Die Araber begehen weiter kein Verbrechen, als daß sie ihre Heimath, ihren Herd, ihren Wohnsitz vertheidigen, und werden dafür erschossen!

Uebrigens scheint sich denn doch sicher herausgestellt zu haben, daß der General Farre nicht der Mann ist, die militairischen Angelegenheiten eines großen Staates zu verwalten. Gambetta soll nach einem General geforscht haben, der Lust hätte, der Nachfolger des Herrn Farre zu werden. Der künftige Ministerpräsident soll aber keinen solchen General gefunden haben, denn alle scheuten sich vor der Verantwortlichkeit in einem so kritischen Momente, da sie begreiflicher Weise nicht außessen wollen, was Herr Farre eingebrockt hat. Es mag nicht zum mindesten Theile an der Ungeschicklichkeit des Kriegsministers liegen, daß die Operationen einen so langsamen Fortgang nehmen, denn man hat schon vor einem halben Jahre von den großen Truppenaufstellungen gesprochen, die nunmehr in Algier nöthig würden, und noch ist Nichts von diesen Truppen zu sehen.

Der Fall des Kriegsministers ist voraus gesehen; wenn die Kammer am 17. October zusammentritt und Herr Farre bis dort noch Minister ist, so wird er sich vor lauter Interpellationen, Resolutionen und Angriffen kaum mehr retten können. Aber das Alles ist noch nicht das Schlimmste in der französischen Colonialfrage. Einige Pariser Blätter haben den Finger in die Wunde gelegt. Daß die Araber sich so feindlich benehmen, kommt daher, daß man auch nicht den mindesten Versuch gemacht, ihnen begreiflich zu machen, daß man sie aus ihrer alten Knechtschaft erlösen will. Bis jetzt hat man sie auch noch nirgends daraus erlöst.

Die Tunesen können sich den Grund der französischen Invasion schwerlich anders vorstellen, als daß die Franzosen gekommen sind, um einigen französischen Geschäftsleuten Schutz angedeihen zu lassen und die mohamedanische Religion zurück zu drängen. Warum hat man nicht in Tunis einige Reformen eingeführt, den Arabern eine geordnete Justiz gegeben und ihnen einige Steuernachlässe zu Gute kommen lassen? Dann hätten sie doch wenigstens einen guten Willen gesehen. Statt dessen sehen die Araber nur feindselige Maßregeln, die alten Uebel bleiben und manchmal kommen gar noch neue hinzu; wo sich die Eingeborenen widersetzen, wird von den französischen Generalen eine wahrhaft barbarische Strenge angewendet. Das ist wahrhaftig nicht die Art, wie man ein Land, das erst in langen Kämpfen erobert werden muß, dauernd an sich knüpft. Immer mehr stellt sich aber heraus, daß die afrikanische Politik der französischen Republik fast abenteuerlich und leichtfertig erscheint und daß noch Jahre vergehen werden, bevor Ruhe und Ordnung in Algier und Tunis eingekehrt sein werden.

Ueber die Reisen der Mitglieder der kaiserlichen Familie liegen heute ausführliche Meldungen vor. Am Freitag Nachmittag 3 Uhr erfolgte die Abreise Sr. Majestät des Kaisers von Karlsruhe nach Baden-Baden. Die Großherzogliche Familie, die hohen Neuvermählten, der König von Schweden und die übrigen noch anwesenden Fürstlichkeiten gaben Sr. Majestät das Geleite zum Bahnhofe, wo eine dichtgedrängte Menschenmenge bei der Abfahrt des Zuges begeisterte Hochrufe auf den Kaiser ausbrachte. Nach der Ankunft in Baden-Baden hielt der Oberbürgermeister eine Ansprache, eine Musikcapelle spielte die Nationalhymne und das zahlreich anwesende Publicum begrüßte Se. Majestät mit begeisterten Hochrufen. Unter dem Geläute der Glocken fuhr der Kaiser darauf in die reich beflaggte Stadt nach seiner Wohnung. Wie es heißt, gedenkt Se. Majestät bis zum 20. October in Baden-Baden Aufenthalt zu nehmen. Am Sonnabend Mittag sollte dem schwedischen Kronprinzenpaare ein festlicher Empfang bereitet werden.

Se. k. k. Hoheit der Kronprinz, welcher am Freitag Vormittag den Truppenübungen in Marbach und Ludwigsburg beigewohnt hatte, ist Nachmittags 2 Uhr in Stuttgart eingetroffen. Um 4 Uhr begab sich Se. k. k. Hoheit in Begleitung des Prinzen von Sachsen-Weimar und der Minister v. Mittnacht und v. Sick nach dem Ausstellungsgebäude, wo Derselbe von dem Präsidenten und den Mitgliedern des Ausstellungscomités empfangen und geleitet wurde und bis zum Eintritt der Dämmerung verweilte. Von den in den Straßen und im Ausstellungsgebäude versammelten Menschenmassen wurden Sr. k. k. Hoheit begeisterte Huldigungen dargebracht. Am Sonnabend sollte sich der Kronprinz zum Besuch des württembergischen Königspaares nach Friedrichshafen begeben. — Ihre k. k. Hoheit die Frau Kronprinzessin ist auf dem Wege nach Krauchenwies am Freitag durch Stuttgart gereist und begiebt sich, dem Vernehmen nach, ebenfalls nach Friedrichshafen. Se. Majestät der Kaiser wird nächsten Dienstag in Stuttgart erwartet und gedenkt, am darauf folgenden Tage dem Volksfeste in Cannstatt beizuwohnen.

Der König von Schweden hat am Freitag Abend 6½ Uhr über Frankfurt a. M., wo er mit der Königin zusammentraf, die Rückreise von Karlsruhe nach Schweden angetreten. Der Großherzog, die hohen Neuvermählten, der Erbgroßherzog und der Prinz Ludwig gaben demselben bis zum Bahnhof das Geleite, wo auch die Hofstaaten, die Minister, die Generalität und der Oberbürgermeister mit der städtischen Vertretung zur Verabschiedung sich eingefunden hatten. Der König sprach den Vertretern der Stadt lauten Dank aus für die ihm und dem Kronprinzen bethätigte warme Theilnahme und verabschiedete sich dann von dem Großherzoge und den Mitgliedern der großherzoglichen Familie in der herzlichsten Weise. Die Abreise der Prinzen Karl und Oskar von Schweden war auf Sonnabend Nacht, diejenige des Kronprinzen und der Kronprinzessin von Schweden auf Sonntag Nachmittag 3 Uhr festgesetzt.

Die „Times" bespricht die angeblich bevorstehende Begegnung zwischen den Kaisern von Rußland und Oesterreich und sagt: Wenn die zweite Kaiserzusammenkunft erfolgreich ist, so wird das Dreikaiserbündniß scheinbar hergestellt sein. Anstatt ein Bündniß der drei großen Reiche als eine Drohung zu betrachten, sollten wir dasselbe als Pfand für die Ruhe Europas willkommen heißen. Jedwede Union zwischen Deutschland, Oesterreich und Rußland ist klar zum Vortheil des europäischen Friedens. Die Interessen Oesterreichs im Orient sind mit wenigen Vorbehalten conservativ wie unsere eigenen. Die Bande, welche uns an unsere seitherigen Bundesgenossen knüpfen, werden hoffentlich durch die jüngsten Vorgänge oder Aeußerungen nicht geschwächt worden sein. Oesterreich-Ungarn mag demnach fast als Englands Vertreter in dem Concert der drei Reiche betrachtet werden. Seine Mitgliedschaft ist eine hinreichende Gewähr, daß Nichts, was die britische Politik in Osteuropa untergraben könnte, in die Absichten des Dreikaiserbündnisses Eingang finden werde.

Der Frieden mit Rom ist um einen weiteren Schritt gefördert worden. Der zum Bischof von Fulda ernannte Hildesheimer Generalvicar Georg Kopp soll bereits die königliche Bestätigung erhalten haben. Kopp ist im hannoverschen Eichsfelde geboren und hat in Hildesheim das Gymnasium (Josephinum, dann die dortige (jetzt nicht mehr bestehende) katholisch-theologische Akademie besucht. Da er wegen zu schwacher Stimme nicht zum Pfarrer geeignet schien, ward er zunächst Assessor des Generalvicars Jacobi und als dieser 1871 den bischöflichen Stuhl in Hildesheim einnahm, dessen Nachfolger. Von Personen, die ihn aus näherem Umgange kennen, wird er als ein durchaus duldsamer ruhiger Mann und echt frommer Priester bezeichnet. In die Oeffentlichkeit ist er während des Culturkampfes nie getreten.

Dem Vernehmen nach wird die Ernennung des Herrn v. Schlözer zum Gesandten beim Vatican erst erfolgen, sobald die Reichstagswahlen vollzogen sind. Eine Wiederaufnahme der eingeleiteten Verhandlungen dürfte gleichfalls bis zu jenem Zeitpunct vertagt sein.

Zum Beweise, wie siegesgewiß und übermüthig die Centrumspresse bereits ist, kann die folgende Stelle in der neuesten Nummer des „Schwarzen Blattes" dienen. Unter den Diplomaten, so schreibt dasselbe, soll jetzt ein neuer Fluch aufgekommen sein, der gar schrecklich ist. Wenn Jemand einem Staate recht was Böses wünscht, dann zetert er: „Daß Du die Maigesetze kriegst!" Es ist zur Vermeidung von Mißverständnissen im Auge zu behalten, daß das „Schwarze Blatt" kein Witzblatt ist oder sein will, sondern ein politisches Organ mit dem Anspruch auf ernsthafte Beachtung. Frecher sind wohl Gesetze nie verhöhnt worden, als es hier geschieht.

Das Project des Tabaksmonopols hat die Wahlbewegung in Hamburg in der allerheftigsten Weise beeinflußt. Es hat jetzt eine neue Versammlung stattgefunden, in welcher dieser Lieblingsplan des Reichskanzlers zur Sprache kam. Veranstaltet war dieselbe von der Fortschrittspartei in dem dortigen zweiten Wahlkreise. Die Versammelten hörten zunächst mit Ruhe die Ausführungen des Herrn G. H. Richter an, welcher das Programm der Fortschrittspartei in längerer Rede darlegte und namentlich auch die Gründe gegen das Tabaksmonopol entwickelte. Nach Schluß der Rede entspann sich eine Debatte, in welcher von socialdemokratischer Seite wiederum die Einführung des Tabaksmonopols als Durchführung eines socialdemokratischen Gedankens verlangt wurde. Allmählich entwickelte sich eine beträchtliche Unruhe, die bei einem Antrage auf Schluß der Debatte zu einem derartigen Tumult wurde, daß der Präsident die Versammlung schließen mußte, ohne daß auch nur über den Schlußantrag, geschweige denn über irgend einen bestimmten Gegenstand abgestimmt wäre.

Das officiöse Wiener „Fremdenblatt" erklärt sich gegenüber den ungarischen Blättern zu der Mittheilung ermächtigt,

SLUB
Wir führen Wissen.